

Online Diskussion

Black Box Saudi Arabien

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung.

Summary erstellt von: Lena Fruth und Caroline Sariciftci

Keywords: Saudi Arabien, Innenpolitik, Machtapparat, Herrscherfamilie, Wirtschaft , Außenpolitik

TeilnehmerInnen:

Gudrun Harrer

leitende Redakteurin der Tageszeitung „Der Standard“ und Nahostexpertin

Guido Steinberg

deutscher Islamwissenschaftler und Nahostexperte – Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Alexander Weissenburger

Islamwissenschaftler – Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Institut für Sozialanthropologie

Moderation:

Cengiz Günay, Stellvertretender Direktor oiip

Datum:

23.September 2021

Veranstaltungsort:

Online Diskussion

Executive Summary

Saudi Arabien ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen regionalen Akteur im Nahen Osten aufgestiegen. Das Königreich ist eine wichtige Säule der Pax Americana in der Region, spielt im Golfkooperationsrat eine zentrale Rolle und steht an vorderster Front in der Koalition gegen den Iran. Zudem ist Saudi Arabien seit Jahren in den Krieg im Jemen involviert und gilt zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten als Finanzier des al-Sisi Regimes in Ägypten. Mit dem Abgang von Donald Trump hat die saudische Regierung einen wichtigen außenpolitischen Verbündeten verloren und steht angesichts der konfliktreichen Beziehung zum Iran vor neuen Herausforderungen. Unter Kronprinz Mohammed bin Salman kam es zu einem Tabubruch und einer Annäherung an Israel. Während Saudi-Arabien eine immer proaktivere Außenpolitik betreibt, ist das Königreich innenpolitisch durch starke Spannungen gekennzeichnet. Kronprinz Mohammed bin Salman setzt auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen, die vor allem in der saudischen Jugend großen Anklang finden. Gleichzeitig kam es seit 2017 zu einem Umbau des saudischen Machtapparates. Während weite Teile der etablierten Eliten und sogar einflussreiche Angehörige des Königshauses entmachtet wurden kam es zu einer zunehmenden Machtkonzentration in den Händen des autoritär regierenden Kronprinzen.

Die zentrale Rolle der Herrschaftsfamilie al-Saud

Guido Steinberg macht zu Beginn der Diskussion klar, dass Saudi Arabien eine absolutistisch regierte Monarchie ist. Deshalb ist die Herrscherfamilie von zentraler Bedeutung für die Stabilität und Zukunft des Landes. Die Herrschaftsstrukturen in Saudi Arabien sind stark personalisiert und wirken weit in die Gesellschaft hinein. Seit den 1970er Jahren kann man das Land als eine Oligarchie bezeichnen, in der es verschiedene konkurrierende und sich ausgleichende Machtzentren um bestimmte Personengruppen gibt. Die Thronfolge ist nach einer abgewandelten Form des Senioritätsprinzips geregelt. Statt eines Alleinerben wird die Thronfolge unter einem Kreis möglicher Erben – den Söhnen des Staatsgründers – ausgehandelt. Dies umfasst auch die Ernennung von Kronprinzen, was zur Folge hat, dass in der Regel 10 bis 20 Personen über die saudische Politik herrschen. Jetzt steht ein Generationenwechsel an. Der Umbau des Systems und die Konzentration der Macht stehen damit in Verbindung.

2015 ernannte König Salman kurz nach seiner Thronbesteigung seinen Sohn Mohammed bin Salman (in den Medien wird er oft als MbS bezeichnet) zum Verteidigungsminister und machte ihn 2017 zum Kronprinzen. Die Ernennung von MbS zum Kronprinzen ging mit einem Schlag gegen potenzielle politische Widersacher



innerhalb des Systems einher. Mehrere führende Mitglieder des Machtapparates wurden von ihren Posten abgesetzt und im Hotel Ritz Carlton unter Korruptionsvorwürfen interniert. Seitdem konnte MbS seine Macht weitgehend ausbauen. Durch die Ausschaltung alternativer Machtzentren veränderte sich die Form des Autoritarismus. Es kam zu einer starken Konzentration der Macht in den Händen des Kronprinzen. Begleitet wurde der Umbau des Machtapparates von einer Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Reformen, die eine Modernisierung des Landes ermöglichen sollen. Laut Steinberg wurden diese Reformen vor allem von der Jugend des Königreichs lange herbeigesehnt, was dem Kronprinzen die Popularität in der jungen Bevölkerung sichert.

Gudrun Harrer bekräftigt diese Einschätzung indem sie darauf verweist, dass Mohammed bin Salman nicht nur für soziale und wirtschaftliche Reformen steht, sondern auch für kulturelle Reformen, die die globale Popkultur nach Saudi Arabien gebracht haben. Durch die Einführung neuer Gesetze, wie beispielsweise gegen sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz, fördert er darüber hinaus auch die Rechte der Frauen im Königreich. Laut Harrer gründen diese Reformen jedoch nicht nur auf einem

Modernitätsgedanken, sondern sind vor allem auf wirtschaftliche Faktoren und die zunehmende Notwendigkeit Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren zurückzuführen. Die neue politische Ausrichtung des Kronprinzen zeigt sich auch in der diplomatischen Annäherung an Israel, die einen historischen Moment in der Geschichte der saudisch-israelischen Beziehungen darstellt. Wichtig dabei ist jedoch die Tatsache, dass diese Modernisierungsbestrebungen und außenpolitischen Neuausrichtungen nicht mit politischer Freiheit im Land einhergehen: Im Gegenteil, seit der Machtübernahme durch MbS lässt sich ein zunehmender Autoritarismus und eine systematische Ausweitung von Kontrolle in allen gesellschaftspolitischen Bereichen beobachten.

Oppositionelle Bewegungen im Königreich

Das Ausmaß dieses politischen Autoritarismus wird durch die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi im Jahr 2018 deutlich. Khashoggi stand zwar nicht direkt in Opposition zum Königshaus, kritisierte jedoch wiederholt öffentlich die Machtübernahme durch MbS und die politischen Entwicklungen im Land. Als Reaktion wurde seine Ermordung angeordnet. Der Fall Khashoggi schlug sowohl national als auch international große Wellen und zeigte, dass Kritik und oppositionelle Stimmen vom MbS-Regime nicht geduldet werden. Während der Mord an Jamal Khashoggi, der wohl ohne das Wissen und die Zustimmung von MbS nicht möglich gewesen wäre, langfristig und nachhaltig das internationale Image des Kronprinzen geschädigt hat, blieb seine Popularität unter der saudischen Jugend davon weithin unberührt. Angesichts eines großen Anteils an jungen Menschen, konnte sich MbS eine wichtige gesellschaftliche Machtbasis sichern.

Welche oppositionellen Kräfte gibt es im Land?



Alexander Weissenburger wies in diesem Zusammenhang zum einen auf die historische Verknüpfung zwischen dem saudischen Staat und der wahhabitischen Auslegung des Islams hin, die das Gesellschaftsbild in Saudi Arabien grundlegend prägt. Viele Reformen von MbS stehen jedoch in einem starken Widerspruch zu den Grundsätzen

des wahhabitischen Glaubens und werden vom religiös-konservativen Teil der Bevölkerung strikt abgelehnt. Die Modernisierungsbestrebungen des Kronprinzen sorgen folglich für Spannungen

zwischen MbS und den religiösen Gelehrten im Land, die nach wie vor wichtige Machtpositionen in der saudischen Staatsstruktur innehaben. Eine organisierte politisch oppositionelle Bewegung gibt es im Land nicht, so waren sich alle Beteiligten einig. Allerdings zeigte Alexander Weissenburger auf, dass die Schiiten aus Sicht der saudischen Herrscher nach wie vor den größten internen und externen Feind darstellen. Die schiitische Minderheit im Land kann potenziell als eine der wichtigsten oppositionellen Gruppen angesehen werden. Der autoritäre saudische Staat verhindert jedoch organisierte politische Opposition mit Gewalt – der schiitische Widerstand 2016 wurde vom saudischen Regime brutal niedergeschlagen und mit Massenhinrichtungen bestraft.

In diesem Kontext fügte Steinberg hinzu, dass die Umstrukturierung des Militärs zu einer potentiellen Bedrohung für das Regime werden könnte. Über Jahrzehnte hinweg war das saudische Militär in Armee und Nationalgarde geteilt, wobei beide Teile ungefähr gleich groß waren und sich gegenseitig kontrollierten – mit dem Ergebnis, dass das konventionelle Militär geschwächt war. Steinberg erklärt weiter, dass sich das nun zu ändern scheint: Einerseits kommt es zu einer zunehmenden Zentralisierung der Kontrolle über das Militär durch MbS und Familienangehörige bzw. Vertraute, andererseits gibt es Anzeichen dafür, dass Saudi Arabien ein effektiv funktionierendes Militär schaffen will. Durch diese Neuaufstellung des Militärs entsteht ein neuer Machtfaktor im Königreich, der in Zukunft auch eine Gefahr für das Regime darstellen könnte.

Wirtschaftspolitische Neuausrichtung – Ist eine Wirtschaft ohne Öl denkbar?

Eine weitere wichtige Veränderung unter MbS zeigt sich in Bezug auf die Wirtschaftspolitik im Königreich. Die Wirtschaftsreformen des Kronprinzen unter dem Namen Agenda 2030 zielen darauf ab, die Privatwirtschaft durch staatliche Investitionen zu fördern und die vollkommene Abhängigkeit vom Energiesektor, also den Öleinnahmen, zu reduzieren. Als Vorbild für die Planung einer Wirtschaft ohne Öl gilt, laut Steinberg, das Entwicklungsmodell der Vereinigten Arabischen Emirate. Korruption, politische Instabilität in der Region und religiöse sowie soziale Grenzen in der saudischen Gesellschaft schränken jedoch die Erfolgchancen im privatwirtschaftlichen Sektor stark ein, was Steinberg an einer Zukunft ohne Öl zweifeln lässt. Zudem bleibt zu bedenken, dass im Entwicklungsmodell der VAE die Abhängigkeit vom Öl weiterhin bestehen bleibt, wie auch das Beispiel der Finanz- und Tourismusmetropole Dubai zeigt. Dubai geriet in Folge der Finanzkrise 2008 in erhebliche Turbulenzen und konnte nur mit Hilfe des ölreichen Emirats Abu Dhabi vor dem Staatskonkurs gerettet werden. Auch die Bestrebungen des saudischen Kronprinzen einen Tourismussektor aufzubauen, wirken unrealistisch – zum einen aufgrund der starken Konkurrenz in der Region (beispielsweise durch Dubai

oder den Oman) und zum anderen, weil der saudische Staat fast ausschließlich auf religiösen Tourismus setzen will.

Saudi Arabiens Außenpolitik

In den letzten Jahrzehnten hat die saudische Regierung auf eine Vielzahl von Konflikten und Kriegen in der Region Einfluss genommen. Diese außenpolitische Einflussnahme ist vor allem durch die Konkurrenz zum Iran geprägt, was sich in diversen Stellvertreterkriegen, wie in Syrien und dem Jemen, äußert. Ein enger außenpolitischer Verbündeter sind die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Hier gibt es in diversen Konflikten – beispielsweise im Jemen und in Libyen – wenn auch die Interessen der Länder teils differieren, eine enge Zusammenarbeit.

Gudrun Harrer hob in diesem Kontext außerdem hervor, dass die saudische Regierung mit dem Abgang von Donald Trump einen wichtigen außenpolitischen Verbündeten verloren hat. Der Abgang des US-amerikanischen Präsidenten hat einen großen Einfluss auf die Stellung Saudi Arabiens in der Region.



Ein zentrales außenpolitisches Thema bleibt auch weiterhin der Krieg im Jemen, so Weissenburger, bei dem neben wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen, auch ideologische Motive im Vordergrund stehen. Zum einen besteht ein ideologischer Konflikt zwischen dem saudischen Staat und den im Jemen kämpfenden Huthis. Der schiitisch-geprägten Huthi-Bewegung werden ideologische, religiöse und strukturelle Verbindungen zum Iran vorgeworfen, was sie zu einem Feindbild der saudischen Regierung macht. Aus diesem Grund unterstützt Saudi Arabien die Regierung von Abdrabbuh Mansur Hadi, der 2012 zum Präsidenten gewählt worden war, in ihrem Kampf gegen die Huthi Bewegung. Zum anderen hat das Engagement im Jemen aber auch eine geopolitische Dimension. Saudi Arabien versucht über den Jemen die vom Iran mitkontrollierte Straße von Hormus (die für den saudischen Ölexport mit Schiffen von zentraler Bedeutung ist) zu umgehen. Laut Steinberg hat das saudische Engagement auch das Ziel über den Jemen Öl-Pipelines an die Küste des indischen Ozeans zu bauen.

Regionale Konfliktlinien ziehen sich auch entlang der Haltung zur Muslimbruderschaft. Saudi Arabien gilt zusammen mit den VAE als wichtigster Gegner der Bewegung. Deshalb gelten auch Saudi Arabien und die VAE als wichtigste Unterstützer des al-Sisi Regimes in Ägypten. Al-Sisi wird aufgrund des Umsturzes der Muslimbruderschaft im Jahr 2013 als eine wichtige Bastion gegen die Bewegung

gesehen. Die unterschiedliche Haltung gegenüber der Muslimbruderschaft führte auch zu Konflikten mit Katar und der Türkei. Der Konflikt mit Katar kulminierte in der Blockade Katars durch Saudi-Arabien und seine Verbündeten im Jahr 2017.

Wie steht es um die Finanzierung extremistischer Gruppen durch Saudi Arabien?

In der Vergangenheit wurde Saudi Arabien häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, salafistische bzw. religiös-extremistische Gruppen in der Region zu unterstützen. Steinberg beschrieb dieses Vorgehen als Teil einer Art Schattenwelt, die schwer nachzuweisen ist. Es handelt sich hierbei nicht nur um staatliche, sondern auch um finanziell gut



ausgestattete nicht-staatliche Quellen. Allerdings kann man mit den Reformen in Saudi Arabien und der Zentralisierung der Macht hier eine Veränderung beobachten. Diese Veränderung zeigt sich am Beispiel Syriens, wo die saudische Regierung zunächst salafistische Rebellen finanzierte, später jedoch gemeinsam mit der US-amerikanischen Regierung und Jordanien die Einheiten der freien syrischen Armee unterstützte. Den Verdacht, dass Saudi Arabien den IS im Irak und Syrien unterstützte, bezeichnete Steinberg jedoch als unbegründet.

Die saudische Regierung hat in der Vergangenheit allerdings nachweislich sunnitische Terrorgruppen im Iran unterstützt, mit dem Ziel die dortigen Strukturen zu schwächen. Als Teil der saudischen Strategie im Kalten Krieg mit dem Iran ist eine solche Vorgehensweise also auch in anderen Regionen nicht auszuschließen. Demnach würde eine Unterstützung des IS in Afghanistan durch Saudi Arabien durchaus plausibel erscheinen: Der Iran stellte den Taliban im Kampf gegen die amerikanische Präsenz in Afghanistan finanzielle Unterstützung zur Verfügung und pflegt bis heute enge Beziehungen zu der islamistischen Gruppe. Es liegt also nahe, dass Saudi Arabien als Reaktion die oppositionelle Bewegung des IS finanziell unterstützte bzw. nach wie vor unterstützt. In diesem Kontext verwies Gudrun Harrer auch auf die Frage nach der Anerkennung der Taliban-Regierung durch Saudi Arabien. Die Tatsache, dass sich in der neu aufgestellten Taliban-Regierung nur ein Minister mit iranischen Verbindungen befindet, kann, laut Steinberg, als Signal an Saudi Arabien interpretiert werden, das darauf abzielt, eine zukünftige politische Zusammenarbeit zu ermöglichen.